



Aktenzeichen: CDU

Datum: 10.04.2019

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

Resolution zur Finanzierung der Krankenhäuser durch die Landesregierung hier: Antrag der CDU-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Resolutionsantrag: Der Stadtrat der Stadt Frankenthal fordert die Landesregierung auf, ihren Verpflichtungen der Öffentlichen Förderungen der Krankenhäuser entsprechend des Landeskrankenhausesgesetzes vollumfänglich nachzukommen.

Begründung:

Die Finanzierung der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz erfolgt dual; während die Krankenkassen die Kosten der medizinischen Versorgung zu tragen haben, ist das Land (über das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie und über das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung) für die Finanzierung der Infrastruktur zuständig. Zusammengefasst bestehen diese Finanzierungen und Förderungen aus folgenden Komponenten:

1. Förderung von Investitionskosten (§ 12 LKG)
2. pauschale Förderung durch feste jährliche Beträge (§ 13 LKG)
3. Förderung der Nutzung von Anlagegütern (§ 14 LKG)

Bei den Verpflichtungen aus Ziff. 1 hat das Land in den vergangenen Jahren durchaus erkennbares Engagement gezeigt, so konnten beispielsweise die Intensivstation und der OP-Trakt umfassend modernisiert und erweitert werden. Auch die von Ministerin Bätzing-Lichtenthäler zugesagte Förderung des Erweiterungsbaus an der Stadtklinik wurde in das „große Investitionsprogramm“ des Landes mit 3,0 Mio. € für 2019 aufgenommen. Die Fassadensanierung allerdings, die mit rund 4 Mio. € eine große Investitionsmaßnahme darstellt, musste die Stadt Frankenthal über das „Kommunale Investitionsprogramm 3.0“ beantragen, obwohl es sich hierbei unstreitig um Investitionsmaßnahmen in die Gebäudestruktur handelt. Diese Gelder stehen dadurch nicht mehr für andere und mindestens ebenso dringend notwendige investive Maßnahmen in der Stadt zur Verfügung.

Seit vielen Jahren bemängeln Patienten, Mitarbeiter, Rat und Verwaltung die schlechten sanitären Bedingungen in der Klinik. Dass i.d.R. 3 Patienten sich ein einzelnes Waschbecken, welches nur durch einen Vorhang von dem Patientenzimmer abgetrennt wird, für die Körperpflege teilen müssen, weil für über 40 Patienten nur eine Dusche/Badewanne in einem Gemeinschaftsbad zur Verfügung steht, ist ein untragbarer Zustand. Eine vollständige Sanierung der Krankenzimmer, die mit der Einrichtung adäquater Sanitärbereiche und Nasszellen sowie der generellen Ertüchtigung der Infrastruktur (Strom-, Wasser und medizinische Versorgungsleitungen) einherginge, um die Stadtklinik „fit“ für

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	<input type="checkbox"/>
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	<input type="checkbox"/>
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

die nächsten Jahrzehnte zu machen, erfordert einen finanziellen Aufwand, den die Stadt Frankenthal als Trägerin der Stadtklinik ohne eine entsprechende Förderung durch das Land aktuell und auch in den kommenden Jahren nicht stemmen kann. Anträge auf Förderungen dieser Umbaumaßnahmen wurden seitens des Landes bislang mit der Begründung abgelehnt, dass es sich hierbei um Instandhaltungsmaßnahmen handele.

Weiterhin vermag es zu verwundern, dass das Land wohl für die Förderung der Nutzung von Anlagegütern (Ziff. 3) zuständig ist, Räume und Gebäude jedoch nicht als Anlagegüter anerkennt. Daraus folgt, dass die Kliniken bspw. die Schulen zur Ausbildung des dringend benötigten Pflegekräfte-Nachwuchses allein stemmen müssen. Eine wirtschaftlich sinnvolle Anmietung von Räumen zur Deckung eines zeitlich befristeten Bedarfs (anstatt der Errichtung eines dauerhaften Baubestands) wird damit konterkariert.

Für die CDU-Fraktion

Gabriele Bindert
Vorsitzende